

Frankfurter Rundschau, Thema des Tages, 24.04.06:

## **Versteckspiel mit Subventionen**

### **Wenige "Agrarfabriken" profitieren besonders stark von EU-Hilfen - die Masse der Landwirte bekommt eher wenig**

**VON STEPHAN BÖRNECKE**

Sechs Milliarden Euro Agrarsubventionen fließen jedes Jahr aus Brüssel nach Deutschland: Doch nur die wirklich großen Höfe und die Top Ten der exportierenden Fleischfirmen oder Molkereien profitieren von diesem Geldsegen in nennenswertem Umfang. So sackt ein Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland stattliche 25 Prozent der rund vier Milliarden Euro Direktzahlungen (Flächen- und Betriebsprämien) ein. Mancher dieser Agrarunternehmer kassiert sogar Millionensummen.

Die Masse der Landwirte aber, so der umweltpolitische Direktor der Organisation Euronatur, Lutz Ribbe, gehört zu den "Taschengeldbauern", wenn ein knappes Viertel von ihnen gerademal 1250 Euro und weitere 30 Prozent keine 5000 Euro Flächen- oder Betriebsprämie aus Brüssel im Jahr erhalten.

Es sind die Nachfolger der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die zu den Großverdienern des Brüsseler Geldsegens zählen, aber auch westdeutsche Agrofirmer und Altadlige gehören zu den Gewinnern des Subventionssystems. Doch wer wie viel Subventionen der EU erhält, darüber herrscht hierzulande Stillschweigen.

Der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands, Helmut Born, fürchtet eine "Neiddiskussion", und Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) lehnt eine Gegenüberstellung von Durchschnittszahlen als "verzerrend" ab, wenn man behauptete, "Agrarfabriken erhalten dreimal mehr als Kleinbetriebe je Arbeitskraft". Eine solche Rechnung hatte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, aufgemacht: Danach könne ein durchrationalisierter Hof umgerechnet auf den Arbeitsplatz völlig legal jährlich satte 120 000 Euro von der EU beziehen.

Mehr als durchschnittliche Zahlen gibt Seehofer dennoch nicht heraus: Dem Minister reiche eine "aggregierte" Zusammenstellung, gegliedert nach Betriebsgrößengruppen und Zahlungsstufen. Der "Informationsgewinn" der Veröffentlichung weitergehender Daten scheine ihm "begrenzt" zu sein.

Zwar, bestätigt der Sprecher des Ministeriums, Andreas Täuber, gebe es Überlegungen, etwa die oberen 20 Hauptprofiteure der Subventionsverteilung zu nennen. Dies aber sei Sache der Länder, die im Gegensatz zum Bund über die Einzelbetriebsdaten verfügten. Dort aber ist man weit davon entfernt, die Anonymisierung aufzuheben. Für diesen Fall, heißt es etwa im hessischen Umweltministerium, müssten "konsequenterweise auch alle anderen Einkommen, die aus öffentlichen Leistungen finanziert werden, personenbezogen" veröffentlicht werden. "Das geschieht aus guten Gründen nicht", heißt es im Haus von Umweltminister Wilhelm Dietzel (CDU).

---

Noch aber gleicht der auch von Seehofer gewünschte "offene Umgang mit den Informationen" einem Versteckspiel. Kaum eine Firma legt offen, wieviel EU-Geld fließt. So belegt eine unter Verschluss gehaltene, der *FR* vorliegende Übersicht des Bundeslandwirtschaftsministeriums zu den 2001 in Deutschland gezahlten Exportsubventionen, dass die zehn größten Rindfleisch-Fleischexporteure mit rund 85 Millionen Euro mehr als die Hälfte der Exportbeihilfen dieses Sektors einstrichen. Alle Topfirmen sind dabei: Die Bonn Fleisch Ex- und Import GmbH, Südfleisch, Westfleisch und der deutsche Ableger von Danish Crown. Ähnlich bei den Molkereien: Von Nordmilch über Hochland bis zu Nestle griffen die oberen Zehn der Milch-Exporteure im Jahre 2001 rund 45 der rund 65 Millionen Euro des Milchbereichs Ausfuhrhilfen ab. Diese Erstattungen, räumt Seehofer ein, gingen zwar überwiegend an größere Unternehmen. Sie dienten jedoch der "Marktregulierung" und sollten helfen, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Binnemarkt zu stützen.

Im landwirtschaftlichen Bereich wird derweil gemauert: So deckte das Organ der AbL, die *Bauernstimme*, auf, dass die ostdeutsche Gut Klein Wanzleben GmbH & Co. KG in Folge der letzten EU-Agrarreform bis 2010 jährlich völlig legal rund 1,7 Millionen Euro EU-Prämien erhält, obwohl das Unternehmen in der Magdeburger Börde die mehr als 8000 Bullen, einst Grundlage für die Zahlung dieser Zuwendung, längst abgeschafft hat. Inzwischen verlagert das Gut seinen Schwerpunkt auf die Haltung von 18 000 Schweinen, darunter Sauen und Masttiere, für die es weder früher EU-Prämien gab noch heute welche gibt. "Ein Schnäppchen", möglich durch EU-Recht, kommentiert Ribbe sarkastisch. Der Geschäftsführer des Unternehmens, Andreas Reschke, reagiert auf Fragen der *FR* unwirsch. Weil der *Stern* den Fall ebenfalls beschrieben, aber laut Reschke "alles verdreht" habe, lehne er eine Stellungnahme ab.

Offener geht die Mannheimer Südzucker AG mit den EU-Prämien um. Der Konzern (Jahresumsatz: 4,8 Milliarden Euro) betreibt im Hauptgeschäft Zuckerfabriken, ist aber auch mit 114 Mitarbeitern in der Landwirtschaft engagiert: Für die zwölf Höfe mit stattlichen 10 200 Hektar zahlt die EU jährlich 2,2 Millionen Euro Flächenprämie, bestätigt Sprecher Rainer Düll. "Wir haben kein Problem, diese Zahlen zu nennen." Aus simplem Grund: "Ohne die Prämien würde es bei uns kein Getreide geben. Es würde sich nicht rechnen."

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2006 Dokument erstellt am 23.04.2006 um 16:52:28 Uhr

Erscheinungsdatum 24.04.2006

---